



# **Aktionsprogramm 2010 der EVP des Kantons Zürich**



# ***EVP des Kantons Zürich***

## ***Aktionsprogramm 2010***

### **Inhalt:**

1. Die EVP – verlässliche Partnerin im politischen Alltag	7
2. Die EVP – verlässliche Partnerin für einen funktionierenden Staat	9
3. Die EVP – verlässliche Partnerin zur Stärkung der Familien	13
4. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine moderne Bildungspolitik	19
5. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine intakte Umwelt	22
6. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine soziale Wirtschaftspolitik	25
7. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine ausgewogene Sozialpolitik	29
8. Die EVP – verlässliche Partnerin für Gerechtigkeit in der Steuer- und Finanzpolitik	33
9. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine menschenverträgliche Verkehrspolitik	35
10. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine nachhaltige Energiepolitik	39
11. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine zahlbare Gesundheitspolitik	41
12. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine zukunftsgerichtete Kirchenpolitik	44
13. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine breite Kulturförderung	47
14. Die EVP – verlässliche Partnerin für die Sportförderung	49
15. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine differenzierte Ausländerpolitik	51
16. Die EVP – verlässliche Kraft in Parlamenten und Behörden	53
17. Die EVP – Ihre verlässliche Partnerin in der Zürcher Politik	54

## ***EVP-Politik: Werte, die Krisen überstehen***

Aus welchen Gründen auch immer Sie das vorliegende Aktionsprogramm 2010 der Evangelischen Volkspartei des Kantons Zürich vor sich haben, möchten wir Ihnen zu allererst für Ihr Interesse danken. Sie werden nicht enttäuscht sein!

Bei der Arbeit am Aktionsprogramm 2010 haben wir uns vom Vertrauen auf Gott und von einer Haltung leiten lassen, wie sie in der Präambel zur neuen Zürcher Kantonsverfassung treffend umschrieben ist. Wir haben das Programm erarbeitet

- in Verantwortung gegenüber der Schöpfung
- und im Wissen um die Grenzen menschlicher Macht,
- im gemeinsamen Willen,
  - Freiheit, Recht und Menschenwürde zu schützen,
  - und den Kanton Zürich als weltoffenen, wirtschaftlich, kulturell und sozial starken Gliedstaat der Schweizerischen Eidgenossenschaft weiter zu entwickeln.

Wir laden Sie ein, unser Aktionsprogramm 2010 zu überprüfen. Teilen Sie unsere Auffassungen in wesentlichen Teilen, dann haben wir die uns gesteckte Aufgabe erfüllt.

Das EVP-Aktionsprogramm 2010 stellt eine Weiterentwicklung des Aktionsprogramms 2001 dar. Die Grundlage lieferten u.a. unsere EVP-Fachkommissionen. Deren Entwürfe wurden von der Parteileitung und der Kantonsratsfraktion an einer mehrtägigen Klausur im Herbst 2009 überarbeitet. Anfangs 2010 hat der Kantonalvorstand die Vorlage beraten. Die Delegiertenversammlung der EVP des Kantons Zürich vom 27. März 2010 verabschiedete die vorliegende Fassung des Programms.

Das EVP-Aktionsprogramm 2010 gibt nicht auf alle politischen Fragen erschöpfend Auskunft. Bundespolitische Themen behandelt es nicht oder nur ansatzweise. Über die Haltung der EVP zu diesen Themen geben die entsprechenden Publikationen der EVP Schweiz Auskunft. Im Interesse der Lesbarkeit musste auch auf allzu detaillierte Begründungen verzichtet werden. Wer mehr wissen will, erfährt Näheres in den zahlreichen Broschüren, welche von den Fachkommissionen der EVP des Kantons Zürich

herausgegeben worden sind. Sie sind im Internet publiziert oder können beim EVP-Sekretariat bestellt werden.

Die Politik steht nicht still. Zu aktuellen Themen äussert sich die EVP des Kantons Zürich immer wieder in ihren Mediendiensten sowie in offiziellen Vernehmlassungen an den Regierungsrat. Diese Publikationen sind im Internet auf unserer Website [www.evpzh.ch](http://www.evpzh.ch) leicht zugänglich, sie können aber auch beim EVP-Sekretariat bestellt werden.

Nun wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre des EVP-Aktionsprogramms 2010. Wenn Sie uns Ihre persönliche Meinung zu diesem Programm oder zu einem aktuellen Thema kundtun wollen, freuen wir uns über Ihre Mitteilung.

Mit freundlichen Grüssen

Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Zürich

Der Präsident:



Johannes Zollinger,  
Kantonsrat

Der Geschäftsführer:



Peter Reinhard,  
Kantonsrat

Zürich, im Mai 2010



*«Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr für mich getan»  
(Matthäus-Evangelium, Kapitel 25, Vers 40)*

## **1. Die EVP – verlässliche Partnerin im politischen Alltag**

### **1.1. Die EVP politisiert mit einer christlichen Grundhaltung**

Die Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich ist im Jahre 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, von engagierten Christen gegründet worden. In den bald 100 Jahren seit ihrer Gründung war es den in der EVP zusammengeschlossenen Menschen stets ein Anliegen, ihre christliche Grundhaltung sachbezogen in den politischen Alltag einzubringen.

Die EVP stellt sich damit bewusst in die christliche Tradition der Schweiz. Veranschaulicht wird diese Tradition durch die Präambel der Bundesverfassung, die «im Namen Gottes des Allmächtigen» erlassen und anlässlich der Totalrevision 2000 erneuert worden ist. Das Selbstverständnis unseres Landes mit seiner christlichen Tradition und den daraus fliessenden Werten gilt es auch in Zukunft lebendig zu erhalten.

Politisches Handeln im evangelischen Sinn stellt den Mitmenschen in den Mittelpunkt, vor allem den schwächeren Mitmenschen. Ziel aller Bemühungen ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen des solidarischen Zusammenlebens. Das setzt unter anderem auch eine intensive Auseinandersetzung mit den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten voraus. Wir wollen die christlichen Werte als Säulen unserer Gesellschaft stets von Neuem bewusst machen.

### **1.2. Die EVP ist eine unabhängige Mittepartei**

Die EVP politisiert auf der Grundlage christlicher Werte und ist deshalb ungebunden. Zu Recht wird sie als Mitte-Partei wahrgenommen. Politische Tätigkeit in der Mitte zwingt dazu, die eigene Position zwischen Links und Rechts, zwischen starren ideologischen Haltungen, Interessenvertretungen und Machtstrategien immer wieder zu verdeutlichen.



Stellungnahmen, Parolen und Beschlüsse werden sachbezogen gefasst. Dabei setzt sich die EVP für konstruktive Lösungen ein und versucht, Brücken zwischen den Fronten zu schlagen.

### **1.3. *Die EVP ist offen für die Zukunft***

Im Rahmen der demokratischen und freiheitlichen Ordnung versteht sich die EVP als zukunftsorientierte Partei. Sie will die bestehende Ordnung weiter entwickeln. Diese Sicht für die Zukunft bringt sie auch im vorliegenden Aktionsprogramm 2010 zu allen Politikbereichen zum Ausdruck.

Dafür setzt sich die EVP ein:

- Vorrang des Gemeinwohls vor Einzelinteressen
- Rahmenbedingungen, die es der Bevölkerung erlauben, in Freiheit, Selbstverantwortung und Würde zu leben und sich zu entfalten
- Unterstützung für Menschen in Schwierigkeiten, wo möglich im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe
- Klare Begrenzung der Macht von Staat, Wirtschaft und Verbänden
- Anpassung der bestehenden Strukturen an veränderte Verhältnisse in einem ständigen Prozess.





## **2. Die EVP – verlässliche Partnerin für einen funktionierenden Staat**

*Der Staat ist eine von Menschen für Menschen geschaffene Institution, welche laufend der Kontrolle bedarf und stets verbesserungsfähig bleibt. Die EVP engagiert sich innerhalb der staatlichen Ordnung für Gerechtigkeit für alle Menschen.*

### **2.1. Mit Reformen Neues wagen**

Die EVP hat massgeblich dazu beigetragen, dass der Kanton Zürich 2005 eine neue Verfassung erhalten hat. Fast zeitgleich wurden zudem die politischen Rechte reformiert. Besonders das neue Wahlrecht für den Kantonsrat («doppelter Pukelsheim») darf gesamtschweizerisch Vorbildcharakter beanspruchen. Reformbedarf besteht jedoch weiterhin.

Dafür steht die EVP ein:

- Gerechter Finanz- und Lastenausgleich zwischen den Zürcher Städten und Gemeinden
- Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Regierungsrates von 7 auf 9, um die Arbeit besser zu verteilen und eine Vertretung in den Eidgenössischen Räten zu ermöglichen

- Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit (Klagerecht auf mögliche Verfassungsverletzungen)
- Abschaffung von Wahlhürden (insbesondere der 5 %-Klausel)
- Gleiches Gewicht für jede Wahlstimme.

## **2.2. *Dem Rechtsstaat Sorge tragen***

Die EVP steht zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

Unsere hoch entwickelte Gesellschaft hat zu einer enormen Regelungsdichte geführt. Je engmaschiger das Netz von Vorschriften wird, desto mehr werden diese missachtet und nicht mehr konsequent durchgesetzt, beispielsweise im Verkehrs- und Umweltbereich.

Um zu vermeiden, dass ein Ellbogenstaat entsteht, in dem Starke und Rücksichtslose die Anständigen und Schwachen bedrängen, fordert die EVP:

- Konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts
- Konsequente Aufhebung überholter und unnötiger Vorschriften
- Periodische Überprüfung der Notwendigkeit staatlicher Regelungen.

## **2.3. *Dienstleistungen der Verwaltung verbessern***

Im internationalen Vergleich schneidet unsere Verwaltung gut ab, denn sie versteht sich als Dienstleisterin für die Bevölkerung. Trotzdem muss sie sich organisatorisch laufend verbessern und sinnvolle Reformen vornehmen.

Die EVP fordert:

- Einrichten einer einzigen Anlaufstelle für die Bevölkerung, so dass sich der Gang von Amt zu Amt erübrigt, bzw. koordiniert werden kann (one-stop-shop)
- Effektivitätssteigerung der Dienstleistungen der Verwaltung. Parlaments- und Behördenreformen müssen die gezielte politische Steuerung und Überprüfung der Leistungen der Verwaltung ermöglichen.

## **2.4. *Lasten zwischen Stadt und Land gerechter verteilen***

Die EVP setzt sich für eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen der Stadt Zürich,

den anderen Städten und Gemeinden mit Zentrumsaufgaben und den übrigen Gemeinden ein.

Dafür steht die EVP ein:

- Berücksichtigung der Leistungen der Zentren im Bereich staatlicher Kernaufgaben (namentlich Sicherheit, Bildung, Fürsorge, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Kultur), nicht aber der freiwilligen Dienstleistungen
- Steuerkraftausgleich zur Abfederung der grossen Unterschiede in der Finanzkraft
- Gesonderte Berücksichtigung des stark konjunkturabhängigen Steueraufkommens der juristischen Personen.

## **2.5. *Tabu der Gebietsreform brechen***

Zu kleine Gemeinden können nur noch einen Bruchteil der Aufgaben selbstständig erfüllen. Die EVP unterstützt deshalb die Bemühungen um eine Gebietsreform. Deren Ziel muss sein, dass möglichst viele Aufgaben von genügend grossen Einheiten (Gemeinden, Bezirke, Regionen) autonom gelöst werden können.

Dafür steht die EVP ein:

- Förderung der Fusion der Schulgemeinden mit ihren politischen Gemeinden
- Förderung der Fusion von Kleingemeinden mit den Zentren in ihrer Nähe.

## **2.6. *Politisches Engagement fördern***

Unser Milizsystem stösst an Grenzen. Namentlich auf der Ebene der Gemeinden sind immer weniger Menschen bereit, ein Amt zu übernehmen, oder sie werden vom Arbeitgeber nicht dafür frei gestellt.

Um das politische Engagement zu erleichtern und zu fördern, verlangen wir:

- Anpassung der Entschädigungen
- Aufnahme der Entschädigung in die berufliche Vorsorge (BVG)
- Einführung einer Erwerbsersatzordnung für Behördenmitglieder
- Ausstellung von «Arbeitsbestätigungen» für Behördenmitglieder zur Erleichterung ihres beruflichen Fortkommens.



### **3. Die EVP – verlässliche Partnerin zur Stärkung der Familien**

*Als soziales Wesen ist der Mensch auf einen Kreis von Menschen angewiesen, zu denen er volles Vertrauen haben darf. Die Familie, die diese Funktion in der Regel übernimmt und dadurch auch für die Gesellschaft einen wertvollen Beitrag leistet, ist jedoch von vielen Seiten gefährdet. Es bedarf deshalb grosser Anstrengungen, sie in einem gewandelten Umfeld funktionsfähig zu erhalten.*

#### **3.1. Die Familie fördern**

Familienpolitik dient in erster Linie dem Wohl der Kinder und deren Versorger. Die Betreuung und Erziehung von Kindern im Familienrahmen stellt eine hervorragende Leistung dar, welche die volle Anerkennung und Unterstützung der Gesellschaft verdient.

Familienpolitik befasst sich mit den Problemen, mit denen viele Familien kämpfen, und umfasst Massnahmen im Bereich der Ökonomie, der Verbesserung von sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen sowie sozialpädagogische Massnahmen und Kriseninterventionen zugunsten überforderter Familien.

#### **3.2. Die Ehe schützen**

Die EVP gibt der Ehe einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Das Eherecht stellt für das verbindliche Zusammenleben von Mann und Frau eine geeignete Grundlage dar. Es basiert auf der Gleichberechtigung der beiden Partner und regelt deren Beziehung in allgemein gültiger Art. Für abweichende individuelle Regelungen lässt es grossen Spielraum.

Die EVP fordert:

- Förderung der Ehe als privilegierte Rechtsform für das Zusammenleben von Mann und Frau
- Beseitigung der Diskriminierung der Ehepaare gegenüber Konkubinats-Paaren im Steuerrecht
- Doppelte statt nur 1,5-fache AHV-Rente für Ehepaare zur Beseitigung ihrer Schlechterstellung in der Altersvorsorge.



### **3.3. Die Existenz von Familien sichern**

Die direkten Kosten der Kinder beanspruchen 20 bis 40 Prozent eines durchschnittlichen Familieneinkommens. Kinder können so unter Umständen zum Armutsrisiko werden. Die Sicherung der Arbeitsplätze, besonders auch für alleinerziehende Eltern, ist deshalb sehr wichtig.

Dafür steht die EVP ein:

- Finanzielle Entlastung der Familien im Steuerrecht
- Existenzsichernde Familieneinkommen
- Wahlfreiheit bei der Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit.

Familien- und Berufsarbeit sind aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen oftmals schwierig zu vereinbaren. Frauen bleiben deshalb häufig kinderlos, heiraten spät und haben wenige Kinder. Über die Hälfte der Mütter von minderjährigen Kindern sind aus wirtschaftlichem Zwang teilweise oder ganz erwerbstätig.

Familienarbeit und Kindererziehung wie auch die Teilnahme am Erwerbsleben können für beide Geschlechter Erfüllung bedeuten. Wie die Eltern diese Aufgaben unter sich aufteilen, müssen sie frei von äusserem Druck selber entscheiden können. Durch Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen ist dafür zu sorgen, dass junge Menschen ihre Familie in der biologisch vitalen Lebensphase gründen und sowohl Väter wie Mütter in Beruf und Familie tätig sein können.

Dafür steht die EVP ein:

- Mehr Teilzeitstellen für Frauen und Männer zur Erhaltung ihrer Eigenständigkeit und Berufskennntnisse, damit Ehepaare eine echte Wahl zur Aufteilung von Berufs- und Erziehungsarbeit haben
- Anerkennung der geleisteten Familienarbeit für die Karriere, Lohneinstufung, Besteuerung und Altersvorsorge
- Elternurlaub nach Geburt eines Kindes.

### **3.4. *Das Umfeld für Familien verbessern***

Familiengerechte Wohnungen sind Mangelware. Gerade in Städten sind genügend grosse Wohnungen für kinderreiche Familien in guten Wohnlagen oft unerschwinglich. Besonders der Verkehr gefährdet eine familien- und kinderfreundliche Wohnumgebung.

Dafür steht die EVP ein:

- Bezahlbare Mieten für Familien
- Ruhige, sichere Wohnumgebung auch für sozial Schwache und Benachteiligte
- Schaffung von bedarfsgerechten Örtlichkeiten im Wohnumfeld (z.B. Spielplätze für kleine und grössere Kinder sowie Treffpunkte für Jugendliche)
- Stärkung der Jugendarbeit
- Durchmischte Siedlungen zur Vermeidung von Ghettobildung
- Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau und Abgabe von Land im Baurecht
- Förderung von Familien-Wohneigentum
- Einführung eines Familienpasses, um Kollektiv-Vergünstigungen zu ermöglichen.

### **3.5. *Familienergänzende Betreuungsangebote ausbauen***

Die Stabilität von Familien ist geringer geworden. Die Bindung der jungen Generation an den Ort der Herkunftsfamilie ist zurückgegangen. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsort sowie berufsbedingte Wohnortswechsel schwächen zusätzlich das angestammte soziale Familien- und Nachbarschaftsnetz. Familien stehen so oft kräftemässig, finanziell und sozial unter grossem Druck. Besonders betroffen sind junge Familien sowie Migrationsfamilien.

Wegen der hohen Scheidungsrate von 50 Prozent und den «Patchwork-Familien» mit Kindern unterschiedlicher Herkunft nimmt die Unsicherheit zu. Alleinerziehende, vor allem Mütter, stehen oft ohne ausreichende Unterstützung da.

Dafür steht die EVP ein:

- Schaffung und Förderung von familienergänzenden Betreuungs-Einrichtungen in allen Gemeinden (z.B. Horte, Tagesmütter, private Pflegeplätze)



- Sozialpädagogische Unterstützungsmassnahmen (insbesondere Förderung von Schulsozialarbeit) mit Beteiligung des Kantons
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein gemeinsames Sorgerecht getrennter Eltern.

### **3.6. Eltern bei der Erziehungsaufgabe unterstützen**

Die Werte- und Erziehungsvorstellungen in der Bevölkerung sind pluralistisch geworden. Der Sinn des Lebens und die Erziehungsziele werden immer weniger in der Religion und in der Tradition gesucht und durch anerkannte Autoritäten gestützt, sondern sind viel mehr einer gewissen Beliebigkeit ausgesetzt. Dies führt oft zu Resignation, Vernachlässigung auch der Familienpflege und der Erziehungsaufgaben. Kindererziehung erfordert Engagement aber auch Kenntnisse.

Dafür steht die EVP ein:

- Ausbau der Elternbildung in allen Kantonsteilen
- Verpflichtung zu Erziehungskursen von Eltern, die ihre Erziehungsaufgaben vernachlässigen
- Unterstützung von Frühinterventionen (z.B. individuelle Familienbegleitung)
- Ausbau der Beratungsstellen für Kinder und Eltern
- Verpflichtung der einzelnen Schulen, ihre Organisation, Leitbilder und Erziehungskonzepte allen Eltern allgemeinverständlich und regelmässig zu kommunizieren
- Förderung eines bedarfsgerechten Angebots von Spielgruppen
- Intensivierung des Jugendschutzes
- Ausbau der Wiedereinstiegshilfen in das Berufsleben besonders für Frauen nach der Familienphase.

### **3.7. Ausländische Familien integrieren**

Immigrationsfamilien aus anderen Kulturkreisen leben oft in zwei Welten, in ihrer Heimatkultur und in der hiesigen. Dieses Spannungsverhältnis ist zu akzeptieren. Einerseits sind ihre traditionellen Werte zu respektieren, andererseits ist die Integration in unsere Sprache, Rechtsordnung und sozialen Normen einzufordern und zu

fördern. Dem Übergang der ausländischen Jugendlichen von der Schule ins Berufsleben ist besondere Beachtung zu schenken.

Dafür steht die EVP ein:

- Verpflichtung für fremdsprachige Väter und Mütter zum Erlernen unserer Landessprache
- Verpflichtung der Gemeinden zu integrativen Fördermassnahmen für Kinder und deren Eltern
- Förderung von Vereinigungen und Einrichtungen, welche der Integration dienen
- Personelle, organisatorische und finanzielle Entlastung für diejenigen Schulen, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an fremdsprachigen und sozial benachteiligten Familien aufweisen, durch den Kanton
- Kein Schulabgänger ohne Ausbildung, und dafür Förderung von Ausbildungsplätzen.

### **3.8. *Der Jugendverwahrlosung und Jugendgewalt einen Riegel schieben***

Kinder- und Jugendkriminalität (Gewalt, Diebstahl, Sexualdelikte usw.) sind eine gesellschaftliche Realität.

Dafür steht die EVP ein:

- Ausbau der Beratungsstellen zur Früherfassung und Behandlung von Entwicklungsstörungen
- Neben integrativem Schulunterricht in Normschulen: Kleinklassen und Sonderschulen für verhaltensauffällige Kinder
- Förderung von offener Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit Organisationen
- Unterstützung friedensfördernder Projekte für Kinder und Jugendliche
- Nachhaltige Hilfen bei Erziehungsnotständen in Familien
- Rasche und wirksame Ahndung von Regelverstössen von Kindern und Jugendlichen durch Schulbehörden und Jugendanwaltschaften und dafür Ausbau ihrer Personalbestände
- Einschränkung von Pornographie- und Gewaltdarstellungen in den Medien.



## **4. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine moderne Bildungspolitik**

*Der Mensch zeichnet sich anderen Lebewesen gegenüber durch seine hohe Lernfähigkeit aus. Um zu vermeiden, dass er sie egoistisch nur zum eigenen Nutzen einsetzt, ist es Aufgabe von Erziehung und Bildung, ihm ethische Wertmassstäbe mitzugeben, die ihn zur Rücksichtnahme auf schwächere Mitmenschen und auf das Gesamtwohl befähigen.*

### **4.1. Bildung harmonisieren und Mängel an Lehrpersonen beheben**

Die Harmonisierung der Volksschule zwischen den Kantonen ist durch den eidgenössischen Bildungsverfassungsartikel vorgezeichnet. Der Kanton Zürich hat mit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes den Verfassungsauftrag in grossen Teilen bereits erfüllt. Bei der inhaltlichen Harmonisierung steht aber mit der Schaffung eines gemeinsamen Deutschschweizer Lehrplans noch eine sehr heikle Aufgabe bevor.

Dafür steht die EVP ein:

- Der Deutschweizer Lehrplan soll ein schlankes Rahmenkonzept mit verbindlichen Eckwerten sein
- Die kantonalen Lehrpläne sollen flexibel gestaltet werden können. Bei den Lektionentafeln ist Spielraum zu gewähren, damit der Unterricht auf die spezifischen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet werden kann.

Von zentraler Bedeutung für die Schulqualität ist die Personalfrage. Der seit Jahren andauernde strukturelle Mangel an Lehrpersonen bleibt die grösste Herausforderung für die Bildungspolitik. Die Attraktivität des Lehrerberufs muss durch geeignete Massnahmen erhöht werden. Die pädagogische Arbeit muss in unserer Gesellschaft einen deutlich höheren Stellenwert erhalten.

Dafür steht die EVP ein:

- Die harmonisierte Lehrerbildung ist einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Die Studierenden der Pädagogischen Hochschule sind vermehrt auf ihre künftige Klassenführungsfunktion vorzubereiten.

- Die Lehrerbildung für Generalisten ist neben einem wissenschaftlichen Studium in zwei Fächern durch einen breiteren Fächerkatalog mit entsprechender Lehrberechtigung zu erweitern.
- Die Rahmenbedingungen in den Schulen und ihrem Umfeld müssen nachhaltig verbessert werden, sodass die Lehrpersonen ihr Hauptaugenmerk wieder auf die Unterrichtstätigkeit richten können.
- Die Zahl der Reformbaustellen ist zu reduzieren und die laufenden Projekte sind im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit zu überprüfen.

#### **4.2. *Frühförderung vor dem Kindergarten spielerisch ausgestalten***

Da Kinder bereits im frühesten Alter entscheidende Entwicklungsschritte machen, ist dafür zu sorgen, dass Angebote zur Frühförderung unterstützt werden. Mit der zweijährigen Besuchspflicht und der Integration des Kindergartens ins Volksschulsystem ist der Kindergarten in der Bildungslandschaft aufgewertet worden. Die EVP ist überzeugt, dass eine sanfte Weiterentwicklung des Kindergartens mit mehr Halbklassenunterricht und mehr Lehrpersonal möglich ist.

Dafür steht die EVP ein:

- Angebote zur Förderung von Kindern und ihrer Eltern im Vorschulalter werden unterstützt. Direkte Hilfe brauchen vor allem Eltern, die nicht fähig sind, ihre Kleinkinder dem Alter entsprechend zu fördern.
- Vor einer allfälligen Einführung der Grundstufe (umfassend 2 Jahre Kindergarten und 1. Klasse Primarschule) ist zu prüfen, wieweit ein weiterentwickelter Kindergarten mit mehr Halbklassenunterricht, aber weniger organisatorischem Aufwand den Auftrag des spielenden Lernens erfüllen kann.
- Die Pflege und Förderung der Mundart ist von zentraler Bedeutung für unsere kulturelle Identität und muss in der Ausbildung der Kindergartenlehrpersonen einen wichtigen Platz einnehmen.
- Die Schriftsprache ist in der Regel nur spielerisch und nicht im Sinne eines Programms ergänzend anzuwenden.

### **4.3. Volksschule umfassend fördern**

In den Primarschulklassen ist eine massvolle Individualisierung des Unterrichts zweckmässig. Der gemeinschaftsbildende Klassenunterricht darf dabei nicht vernachlässigt werden.

Dafür setzt sich die EVP ein:

- Kleinere Klassengrössen und genügend Halbklassenunterricht für die individuelle Förderung
- Stärkere Entlastung von Lehrpersonen in Klassenführungs-Funktionen durch Reduktion der Pflichtstundenzahl
- Einbezug erfahrener Lehrpersonen in der didaktischen Konzeptionsphase bei der Entwicklung neuer Lehrmittel
- Führen von Kleinklassen für Schüler und Schülerinnen mit auffälligem Verhalten als Ergänzung zur integrativen Schulungsform
- Schaffung regionaler Kleinklassen mit Tagesstrukturen als mögliche Alternative zur kostspieligen Sonderschulung
- Gut durch Lehrpersonen oder andere Fachleute betreute Aufgabenhilfe mit täglichen Fixzeiten in jedem Schulhaus sowie die Einrichtung von Tagesstrukturen bei Bedarf.

### **4.4. Ausbildungsstandards in weiterführenden Schulen erhalten und verbessern**

Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, muss die Schweiz auf allen Stufen des Bildungswesens (Berufsschule, Mittelschule, Hochschule, Weiterbildungskurse) ein hohes Niveau halten und dieses noch ausbauen. Der bewährte Weg über die Berufsbildung als eigentliches Erfolgsmodell unseres Bildungssystems ist durch die Förderung der Berufsmaturität und den Ausbau der Fachhochschulen zu stärken.

Dafür tritt die EVP ein:

- Bessere Rahmenbedingungen für die Berufsmittelschulen und die Auszubildenden
- Die Fachhochschulen sind weiter auszubauen
- Der Zugang zur Universität muss mit der gymnasialen Matur gewährleistet bleiben (keine Zugangsbeschränkungen).



## **5 Die EVP – verlässliche Partnerin für eine intakte Umwelt**

*Die Erde ist das Werk des Schöpfers. Wir dürfen die Fülle der Schöpfung nachhaltig, d.h. mit Rücksicht auf die Lebensgrundlagen unserer Mitmenschen nutzen.*

### **5.1. Für saubere Luft, sauberes Wasser und gesunden Boden sorgen**

Eine gesunde Umwelt besteht im Gleichgewicht zwischen Nutzen und Erhalten. Der Schutz von Luft, Wasser und Boden ist lebenswichtig. Die gewonnene Lebensqualität wiegt die Einschränkungen bei weitem auf. Anreize zu umweltgerechtem Verhalten sollen vor Verboten primär gefördert und geschaffen werden.

Dafür setzt sich die EVP ein:

- Reduktion der Luftverschmutzung
- Markante Reduktion von Treibhausgasen
- Eindämmung der Lärmbelastung durch Verkehr und Gewerbe
- Minimierung der Bodenversiegelung
- Flächendeckende Anwendung von umweltverträglichen Methoden zur landwirtschaftlichen Bodenbearbeitung



- Reduktion des Verbrauchs von Rohstoffen
- Verminderung und Wiederverwertung des Abfalls
- Festsetzung von ökologischen Standards sowohl bei Neubauten als auch bei Gebäudesanierungen
- Förderung von Firmen mit innovativen Umwelttechnologien
- Minimierung von schadstoffreichen Substanzen und Technologien.

## **5.2.    *Lebensräume erhalten, gestalten und aufwerten***

Eine Landschaft, die mit natürlichen Lebensräumen durchsetzt ist, bietet den Menschen und den Tieren und Pflanzen eine vielfältige Lebensgrundlage.

Die EVP fordert:

- Förderung der Biodiversität
- Erhaltung bzw. Renaturierung von Fluss- und Bachläufen, Feuchtgebieten und Moorlandschaften, Ödgebieten und Mischwäldern
- Förderung von Massnahmen zur Erhaltung von Hecken und Hochstammbäumen
- Nutzungsdurchmischung in Siedlungen
- Erhaltung von Erholungsräumen
- Vernetzung von verkehrsberuhigten oder autofreien Wohnsiedlungen zum Nutzen von Familien, Betagten und Menschen mit einer Behinderung
- Zusammenhängende Uferwege an Seen und Flüssen
- Menschenfreundliche Stadtplanung.



## **6. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine soziale Wirtschaftspolitik**

*Wir arbeiten nicht nur zur Existenzhaltung, sondern verstehen Arbeit auch als Beitrag zu einem erfüllten Leben im Dienst an Mitmenschen und Gesellschaft. Wird der Mensch zum blossen Leistungsträger, so widerspricht dies dem christlichen Menschenbild und damit biblisch fundierter Wirtschaftsethik. Mit dem Gebot der Sonntagsruhe setzt Gott der Arbeit auch eine Grenze.*

### **6.1. Zum Wohl der Bevölkerung wirtschaften**

Die Wirtschaft gedeiht nur dort zum Wohle aller, wo sowohl Wettbewerb stattfindet, als auch soziale und ökologische Verantwortung wahrgenommen werden. Die EVP verknüpft das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft. Voraussetzungen für eine soziale Marktwirtschaft und eine vorausschauende Wirtschaftsentwicklung sind eine funktionierende Sozialpartnerschaft und ausgewogene staatliche Rahmenbedingungen.

### **6.2. Herausforderungen der Globalisierung meistern**

Mit der Globalisierung gewinnen viele Länder, andere verlieren. In den einen wächst die Wirtschaft und es werden neue Arbeitsplätze geschaffen, in anderen nimmt die Armut zu.

Die Globalisierung ist eine Tatsache. Die EVP zieht folgende Konsequenzen:

- Auf internationaler Ebene muss die Schweiz aktiv darauf hinwirken, dass Regeln für einen fairen Wettbewerb und für ein stabiles, nachhaltiges Wirtschaften aufgestellt und durchgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz.
- Auf lokaler Ebene setzt sich die EVP für die Erhaltung der bewährten Standortfaktoren und für ein ethisch verantwortbares Wirtschaften ein. Dazu gehören vor allem politische Stabilität und Sicherheit, Arbeitsfriede (Sozialpartnerschaft!), gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, ein gut funktionierender öffentlicher Verkehr, moderate Steuern und die grösstmögliche Schonung der Natur. So können wir im härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen und die international angestrebten ökologischen Standards erfüllen.

### **6.3. *Optimale Rahmenbedingungen setzen***

Nur wenn der Staat optimale Rahmenbedingungen setzt, kann die soziale Marktwirtschaft gedeihen. Diese müssen den Wettbewerb sichern, die wirtschaftliche Stabilität fördern und einen massvollen sozialen Ausgleich bewirken. Zum sozialen Ausgleich gehören beispielsweise progressive Einkommens- und Vermögenssteuern sowie eine Krankenversicherung, die für alle erschwinglich ist. Von Aufgaben, welche besser anderweitig wahrgenommen werden können, soll sich der Staat lösen. Deregulierung und Privatisierung haben aber dort ihre Grenzen, wo kein freier Markt spielen kann, z.B. bei einmaligen Infrastruktur-Einrichtungen, oder wo die Grundversorgung auf dem Spiel steht, z.B. beim öffentlichen Verkehr, oder bei überwiegendem öffentlichem Interesse, z.B. im Bildungswesen. Bei Restrukturierungen von Unternehmungen verlangt die EVP ein Zusammenwirken der Sozialpartner. Dabei unterstützt die EVP den Nachwuchs (Firmengründungen und Firmenübergaben).

### **6.4. *Die Leistungen der Landwirtschaft umfassend schätzen***

Die EVP unterstützt den Leistungsauftrag der Landwirtschaft, durch eine nachhaltige, ökologische und tiergerechte Produktion hochwertige gesunde Nahrungsmittel zu erzeugen. Bodenabhängig produzierende Bauernbetriebe lassen nicht nur Pflanzen und Tiere in einem natürlichen Gleichgewicht gedeihen, sie leisten zudem auch einen unschätzbaren Beitrag zur Pflege von Landschaft und Natur. Die sie bewirtschaftenden Familien erfüllen darüber hinaus im Dorf und in der Gesellschaft wichtige soziale Aufgaben.

Der Kanton Zürich spielt in der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der regionalen Landwirtschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle. Insbesondere ist die nachhaltige Bewirtschaftung des Kultur- und Grünlandes durch kleine und mittlere Betriebe von existenzieller Bedeutung.

### **6.5.    *Menschen im sich ändernden Arbeitsmarkt fördern***

Der Arbeitsmarkt ist durch grosse Unruhe und Veränderungen gekennzeichnet. Viele Arbeitsplätze verschwinden, es entstehen neue, aber andere. Zudem herrscht ein gravierender Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften in vielen Bereichen. So ist auch die Bildungspolitik den veränderten Verhältnissen anzupassen und die Zulassungsbeschränkung für das Medizinstudium aufzuheben.

Langfristig entscheidend für den Arbeitsmarkt ist ein qualifiziertes Bildungswesen. Es muss allen Bevölkerungsschichten eine breite Grundausbildung, einen erfolgreichen Berufseinstieg, eine lebenslange Weiterbildung und wenn nötig eine berufliche Neuausrichtung erlauben, um mit dem Strukturwandel Schritt zu halten.

Für Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit sollen genügend niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten, Nischenarbeitsplätze und Tagesstrukturen geschaffen werden, um ihre Arbeitsfähigkeit möglichst zu erhalten und der sozialen Ausgrenzung vorzubeugen.





## **7. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine ausgewogene Sozialpolitik**

*Im christlichen Menschenbild hat nicht nur der Starke und Tüchtige, sondern auch der Schwache den gleichen Wert als Person.*

### **7.1. Armut bekämpfen**

Immer mehr Familien und Einzelpersonen in unserem Land sind von Armut betroffen. Hier gilt es, mit geeigneten allgemeinen Massnahmen die Ursachen der Armut zu bekämpfen und im Einzelfall gezielt zu helfen.

Dafür steht die EVP ein:

- Existenzsichernde Löhne, wenn nötig Ergänzungszahlungen durch Ausgleichskassen (unter Einbezug der Arbeitgeber)
- Steuerbefreiung des Existenzminimums durch Erhöhung des Sozialabzugs
- Abbau der psychologischen Hürden für den Bezug von rechtmässig zustehenden Sozialleistungen
- Sicherung des sozialen Existenzminimums bei Alter und Invalidität durch ein Zusammenwirken von Sozialversicherungsleistungen, Ergänzungsleistungen und Beihilfen
- Ausbau von Beschäftigungs- und Förderprogrammen für Erwerbslose
- Ausgleich der unterschiedlichen Soziallasten unter den Gemeinden.

### **7.2. Kinder und Jugendliche ernst nehmen**

Kinder und Jugendliche sind die Verantwortungsträger von morgen. Dem Aufbau ihrer Kompetenzen, vor allem der nicht messbaren sozialen, ist grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Die EVP tut dies unter anderem auch selbst, indem sie jungen Menschen die Möglichkeit zur Mitwirkung in der Jungen EVP \*jevp oder in der Partei selbst gibt.

Dafür steht die EVP ein:

- Motivierung für ein politisches Engagement
- Förderung einer partizipativen Jugendkultur (Jugendgruppen, Jugendhäuser, Jugendaktionen)



- Vereinfachter Zugang zu Sportplätzen und Freizeitanlagen
- Zeitgemässe Gemeinschaftszentren mit niederschwelligen Betreuungsangeboten.

### **7.3. *Die Würde im Alter wahren***

Gemäss der demographischen Entwicklung werden immer mehr Hochbetagte unter uns leben. Sie sollen ein differenziertes Angebot an Wohn-, Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten vorfinden, so dass ihre persönliche Lebensqualität so lange wie möglich erhalten bleibt. Quartierbezogene Wohnkonzepte, altersgerechte Wohnungen, ambulante Dienstleistungen für Betreuung, Beratung und Pflege machen es älteren Menschen möglich, so lange wie möglich zu Hause zu leben.

Für Menschen mit Demenz, die auf eine geschützte Umgebung angewiesen sind, sind Wohnplätze sowie Tages- und Temporärheime als Entlastung für pflegende Angehörige bereitzustellen. Dasselbe gilt für Menschen mit sozialen und psychischen Problemen.

In den Institutionen der Altersbetreuung soll nach den Grundsätzen der Palliative Care gearbeitet werden.

Dem Nachwuchs der Pflegefachleute in allen Leistungsstufen ist hohe Aufmerksamkeit zu schenken, damit die Attraktivität der pflegerischen Arbeit gesteigert werden kann.

### **7.4. *Solidarität unter den Generationen pflegen***

Rege Kontakte zwischen der jüngeren und der älteren Generation bereichern beide Seiten und fördern das gegenseitige Verständnis.

Die EVP fordert:

- Förderung von Kontakten und Erfahrungsaustausch zwischen jungen und alten Menschen in den Schulen aller Stufen
- Förderung gegenseitiger Nachbarschaftshilfen zwischen jungen Familien und älteren Menschen

- Sozialeinsätze zu Gunsten von alten Menschen gegen Entschädigung
- Breites Angebot von Wohnformen für alte Menschen u.a. auch in altersdurchmischten Siedlungen.

### **7.5. Menschen mit Behinderungen integrieren**

Menschen mit körperlicher Behinderung wie auch Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung sind Vollmitglieder unserer Gesellschaft und haben wie andere Anspruch auf Eigenraum, Selbstbestimmung und Mitverantwortung. Wo nötig haben sie zudem Anspruch auf angepasste Hilfe.

Die EVP fordert:

- Weitgehende Integration der Menschen mit Behinderungen in die normale Berufswelt und in das gesellschaftliche Leben
- Geschützte und auf den Behinderungsgrad abgestimmte Ausbildungs-, Integrations- und Arbeitsplätze
- Individuell angepasste behindertengerechte Wohnmöglichkeiten, wenn nötig mit Assistenzdiensten
- Förderung des Bonus-/Malus-Systems für Betriebe, die für behinderte Mitmenschen Arbeitsplätze schaffen
- Behindertengerechten öffentlichen Strassenraum mit entsprechendem Grobwegnetz über den ganzen Kanton
- Ausgestaltung des öffentlichen Verkehrs für mobilitätsbehinderte Menschen.

### **7.6. Die Frauenarbeit voll anerkennen**

Frauen tragen nach wie vor die Hauptlast der Hausarbeit und der familiären Betreuung. Entsprechend schwächer ist ihre Stellung im Erwerbsleben. So geht die Hälfte der erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitarbeit nach, bei den Männern sind es deutlich weniger. Daraus resultieren Benachteiligungen, die mit geeigneten Massnahmen zu vermindern sind.

Die EVP verlangt:

- Zugang der Frauen zu allen Berufen und Durchsetzung des Prinzips «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit»

- Förderung von Arbeitszeitmodellen, welche eine bessere Aufteilung der Familienarbeit zwischen Mann und Frau und die Weiterführung der Berufstätigkeit der Familienfrau ermöglichen
- Bessere Berücksichtigung der Zusatzkosten der Fremdbetreuung der Kinder bei den Steuern.

### **7.7. *Freiwilligenarbeit anerkennen***

Freiwilligenarbeit ist eine sinnvolle Möglichkeit, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Sie ist zur gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden und wird künftig an Bedeutung gewinnen. Sie soll deshalb in ihrer ganzen Vielfalt anerkannt, unterstützt und gefördert werden.

Die EVP verlangt:

- Öffentliche Anerkennung, Beratung und Schulung von freiwillig Tätigen
- Einrichtung von Koordinationsstellen, Informationsdrehscheiben und Netzwerken
- Förderung von Trägerschaften
- Steuerabzugsmöglichkeit für die geleisteten Dienste im Sinne von «Zeitspenden» analog zu Geldspenden
- Gutschrift für geleistete Dienste bei AHV und Sozialversicherungen
- Freiwilligenarbeit nicht durch staatliche Regulierungen behindern.



## **8. Die EVP – verlässliche Partnerin für Gerechtigkeit in der Steuer- und Finanzpolitik**

*«Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist» – diese biblische Weisheit soll für alle Abgabepflichtigen massgebliche Richtschnur sein. Sie ist jedoch kein Freipass für immer höhere Steuerlasten. Vielmehr sind wir aufgerufen, gerade auch mit den Staatsfinanzen sorgsam umzugehen. In Zeiten der Rezession sollen die Ausgaben nicht gesenkt und Defizite erlaubt sein. In Zeiten guter Konjunktur sollen die Defizite gedeckt und Reserven gebildet werden.*

### **8.1. Staatshaushalt im Gleichgewicht halten**

Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist langfristig eine wichtige Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat. Um einer gesunden Finanzpolitik zum Durchbruch zu verhelfen, sind institutionelle Änderungen im politischen Entscheidungsprozess notwendig.

Die EVP fordert:

- Neue Ausgaben ab einer gewissen Grösse dürfen nur beschlossen werden, wenn gleichzeitig auch über deren Finanzierung entschieden wird. Analog dür-

fen Steuersenkungen nur beschlossen werden, wenn gleichzeitig über deren Kompensation (Ausgabenreduktion, Erhöhung anderer Steuern) entschieden wird

- Steuersenkungen sind nur dann vertretbar, wenn die notwendigen öffentlichen Leistungen nicht in Frage gestellt werden
- Befristung und periodische Überprüfung aller Ausgaben, insbesondere gesetzlich gebundener Ausgaben.

## **8.2. Steuerlast gerecht verteilen**

Unser Steuersystem bietet zu viele Möglichkeiten der Steuerminimierung und auferlegt den Familien nach wie vor zu hohe Lasten.

Die EVP fordert:

- Einen Finanz- und Steuerkraftausgleich der Gemeinden, welcher allzu hohe Steuerfussunterschiede im Kanton verhindert und welcher Strukturanpassungen (Fusionen) fördert
- Höhere Kinderabzüge für Familien, die ihre Kinder vollständig selber betreuen und deshalb keinen Abzug für Fremdbetreuungskosten geltend machen können
- Vollsplitting für Ehepaare bei den Einkommens- und Vermögenssteuern, um deren höhere Belastung gegenüber unverheirateten Paaren endlich zu beseitigen
- Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes von selbst bewohntem Wohneigentum und Verzicht auf den Abzug von Schuldzinsen und Unterhaltskosten, wobei Milderungen für junge Familien vorzusehen sind.



## **9. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine menschenverträgliche Verkehrspolitik**

*Mobilität ist ein Urbedürfnis des Menschen: Neues sehen, neue Kontakte knüpfen, «neues Land erobern». Die Mobilität stösst jedoch zunehmend auch an Grenzen. Ihre enorme Zunahme verursacht Probleme. Nachteile für die Menschen und die Umwelt werden sicht- und spürbar. Mobilität ja – aber mit Mass!*

### **9.1. Mobilitätswachstum bremsen**

Mobilität muss sachgerecht abgewickelt und die verschiedenartigen Verkehrsmöglichkeiten sollen entsprechend genutzt werden. Dabei kann es nicht um ein Gegen-einander der Verkehrsträger gehen, sondern um ein Miteinander und ein sich gegenseitiges Ergänzen. Dabei muss beachtet werden, dass der Strassen- und Flugverkehr am meisten Energie verbrauchen und Mensch und Umwelt am meisten belasten.

In Zukunft hat die Verkehrspolitik folgende Grundanforderungen zu erfüllen:

- Dämpfung der Verkehrsnachfrage: Der Verkehr soll nicht weiter wachsen.
- Verlagerung des Verkehrs: Transporte auf der Schiene sind zu fördern. Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr und im Nahbereich auf den Langsamverkehr.

- Förderung von energieeffizienten Fahrzeugen und Aufbau eines entsprechenden Versorgungsnetzes.

## **9.2.    *Den Langsamverkehr fördern***

Die Verkehrsbedürfnisse müssen koordiniert und die Lenkung der vielfältigen Verkehrsflüsse muss gefördert werden. Lenkungsabgaben und -beiträge sind dabei sinnvoll zu nutzen.

Die EVP setzt sich für folgende Massnahmen ein:

- Einführung der Kostenwahrheit im Strassenverkehr
- Förderung des Fuss- und Veloverkehrs
- Schutz der Schwachen im Strassenverkehr (Kinder, Fussgänger, Velofahrende)
- Zurückhaltung beim Ausbau von Strassenkapazitäten
- Ermöglichung von autofreien Wohnsiedlungen
- Einrichten von Tempo 30-Zonen und Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens für Gemeinden
- Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten wie Ökobonus, Road-Pricing, leistungsabhängigen Verkehrsabgaben und -steuern sowie marktgerechten Parkgebühren
- Aufhebung der Bevorzugung der Auto-Mobilität bei den Fahrtkosten-Abzügen im Steuerrecht
- Anbindung von publikumsintensiven Anlagen an den öffentlichen Verkehr.

## **9.3.    *Die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs pflegen***

Für die EVP stehen weiterhin folgende Ziele im Vordergrund:

- Ausbau und Unterhalt des ZVV-Streckennetzes
- Laufende Verbesserung des Fahrplanangebots
- Anbindung von Zürich an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz
- Verbesserung der Sicherheit vor allem in der Nacht
- Durchsetzung der Gesetze bei Vandalismus.



#### **9.4.     *Dem Flugverkehr Grenzen setzen***

Der Zürcher Flughafen ist – nicht nur für die Wirtschaft – das Tor zur Welt. Dieses Tor muss weiterhin offen bleiben. Die negativen Auswirkungen des rasanten Wachstums des Flugverkehrs, besonders der Fluglärm in der Nacht, können jedoch nicht mehr akzeptiert werden.

Die EVP verlangt folgende Massnahmen:

- Strikte Einhaltung des Nachtflugverbots
- Reduktion der Lärmgrenzwerte
- Beschränkung der Anzahl Flugbewegungen
- Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene
- Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs beim landseitigen Verkehr
- Verzicht auf den Ausbau des Pistensystems.



## **10. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine nachhaltige Energiepolitik**

*Wo Leben ist, wird Energie frei und vielfältig eingesetzt. Gott hat dem Menschen die Gabe verliehen, nicht nur seine eigene Muskelkraft einzusetzen, sondern zahllose andere Energiequellen zu erschliessen und zu nutzen. Um seine Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten, muss er dies aber mit grosser Weisheit tun.*

### **10.1. Energieverbrauch reduzieren und effizient einsetzen**

Je höher der materielle Lebensstandard, umso höher der Energiebedarf. Ziel einer nachhaltigen Energiepolitik ist die markante Senkung des Energieverbrauches. Dazu muss die Gesellschaft als Ganzes, aber auch jeder persönlich beitragen. Die nicht benötigte Energie ist die kostengünstigste und umweltschonendste Energie überhaupt.

Eine bessere Ausnützung der Energie durch energetische Gebäudesanierungen nach dem Minergie-Standard, treibstoffarme Autos, energieeffiziente Haushaltgeräte, Abwärmenutzung bei Grosskraftwerken sowie der Verzicht auf elektrische Direktheizungen senken den Energieverbrauch nachhaltig.

### **10.2. Erneuerbare Energiequellen nutzen**

Nicht erneuerbare Energien wie Erdöl, Kohle, Uran und Erdgas machen uns vom Ausland abhängig. Sie erfordern lange Transporte, belasten die Umwelt, und ihre Reserven werden bald aufgebraucht sein. Sonne, Wasserkraft, Wind und Holz entstehen im natürlichen Kreislauf. Wir dürfen sie nutzen, ohne dass sie eine Klimaerwärmung verursachen. Auch der Schadstoffausstoss bei der Energieumwandlung ist bei den meisten dieser Energieträger bedeutend kleiner als bei den fossilen Energieträgern. Wir verfügen heute über das Wissen und die Technologien zur Produktion von Energie aus erneuerbaren und weitgehend einheimischen Quellen. Die Weiterentwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien generiert Arbeitsplätze. Damit lassen sich fossile Energieträger ersetzen und Wertschöpfung schaffen in der Region und im eigenen Land.

Die EVP fordert:

- Finanzielle Anreize für energiesparendes Verhalten und effiziente Energienutzung durch staatsquotenneutrale Lenkungsabgaben auf allen Energieträgern
- CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Energieträgern
- Anreize, damit bestehende Gebäude nach Minergie-Standard saniert werden und die Warmwasseraufbereitung mit Sonnenkollektoren erfolgt
- Vorgeschriebener und hoher Energiestandard für Fahrzeuge und Haushaltsgeräte
- Förderung der Produktion und Anwendung einheimischer und erneuerbarer Energieträger mit Beiträgen an Forschung, Entwicklung und an die Bauherrschaften
- Ökologische Steuerreform – die Besteuerung des Energieverbrauchs schafft einen Anreiz zur Minimierung des eigenen Energieverbrauchs
- Verbot von elektrischen Direktheizungen für die Wärmeerzeugung
- Kostendeckende Einspeisevergütung und Abnahmegarantie für selbst produzierten Strom
- Umfassende Information und Beratung der Energiebezüger, damit sie ihr Verhalten überprüfen können und sich auf die beschlossenen Massnahmen einstellen können
- Grössere Gewichtung von energetischen Sanierungsmassnahmen gegenüber denkmalpflegerischen Anliegen.



## **11. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine zahlbare Gesundheitspolitik**

*Jeder Mensch möchte gesund sein. Gesundheit ist letztlich ein Geschenk Gottes, mit dem sorgsam umzugehen ist. Sie kann aber nicht erzwungen werden. Auch Krankheit und Behinderung gehören zum Leben. Menschen, die davon betroffen sind, sind in erster Linie persönlich herausgefordert. Sie haben aber auch Anspruch auf Solidarität der Gesunden und auf die notwendige Hilfe und Pflege.*

### **11.1. Einem leistungsfähigen Gesundheitswesen Sorge tragen**

Ein leistungsfähiges, qualitativ hoch stehendes und allen zugängliches Gesundheitswesen trägt wesentlich zum Wohlergehen der Bevölkerung bei. Dazu gehören Apotheken, Arztpraxen und Spitäler für die medizinische Hilfe, und Angehörige, Spitex sowie Spitäler und Krankenhäuser für die notwendige Pflege. Zentral ist die Prävention. Weil im Gesundheitswesen der Mechanismus von Angebot und Nachfrage nicht funktioniert, muss der Staat lenkend eingreifen. Ausserdem muss er dafür sorgen, dass die Grundversicherung für alle erschwinglich bleibt.

Die EVP fordert:

- Gleicher Zugang zu medizinischen Leistungen für alle
- Öffentliche Diskussion über die Rationierung von Behandlungsmethoden
- Stärkung der Stellung der Hausarztmedizin und Allgemeinmedizin
- Kantonsübergreifende Koordination der Spitzenmedizin mit Schwerpunkt-  
bildung
- Förderung von Gruppenpraxen
- Vermehrter Einsatz von Freiwilligen in der Betreuung von alten sowie von  
körperlich, geistig und psychisch behinderten Menschen
- Ausbau der Spitex-Leistungen in allen Gemeinden
- Prämienverbilligung für alle wirtschaftlich schwachen Bevölkerungskreise
- Vermeidung von Doppelspurigkeiten in der medizinischen Versorgung
- Senkung der Verwaltungskosten
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen und Spitälern
- Zumutbare Arbeitsbedingungen für das Personal im Gesundheitswesen
- Massnahmen, um dem sich abzeichnenden Mangel an Pflegepersonal und  
ärztlichem Personal zu begegnen
- Förderung hoher Qualität in der Medizin unter Beachtung von Wirksamkeit,  
Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und ethischen Standards in Diagnostik,  
Behandlung und Forschung.

### **11.2. Prävention und Eigenverantwortung stärken**

Krankheit ist nicht nur Schicksal, sie kann durch eine gesunde Lebensweise teilweise vermieden werden. Eine gut ausgebaute Prävention kann wesentlich dazu beitragen.

Besondere Anstrengungen sind in der Suchtprävention sowohl bei den legalen Drogen (Alkohol, Tabak, Medikamente) wie auch bei den illegalen Suchtmitteln notwendig. Schon der Einstieg in die Sucht muss möglichst erschwert werden. Bezüglich der illegalen Drogen unterstützt die EVP die 4-Säulen-Politik des Bundes (Prävention, Repression, Überlebenshilfe und Therapie), dies mit dem Ziel, den Ausstieg aus der Drogensucht mit allen geeigneten Mitteln zu fördern.



Die EVP fordert:

- Erhöhung der Abgaben auf Alkohol und Raucherwaren
- Werbeverbot für Alkohol und Tabak
- Durchsetzung des Rauchverbots in öffentlichen Räumen
- Durchsetzung des Verkaufsbeschränkungen für legale Drogen an Jugendliche
- Ausbau des Präventionsangebots in den Schulen und in der Elternbildung
- Ausbau des Netzes von ambulanten Therapie-Einrichtungen
- Bekämpfung offener Drogenszenen
- Mehr Mittel für den Kampf gegen den organisierten Drogenhandel und die Geldwäscherei.

### **11.3. *Das Leben von Anfang bis Ende schützen***

Die EVP setzt sich für den Schutz des Lebens ein.

Die EVP fordert:

- Hilfe an Frauen, die durch ungewollte Schwangerschaft in eine seelische oder finanzielle Notlage geraten
- Unterstützung von Institutionen, welche sich dieser Frauen annehmen
- Achtung der Gewissensfreiheit des medizinischen Personals. Wer es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, bei Abtreibungen mitzuwirken, darf keine Benachteiligung erfahren.
- Ausbau der Palliative Care
- Verbot des Sterbetourismus
- Vollständige Überwälzung aller Kosten, die der Öffentlichkeit bei Suizidbeihilfe entstehen, auf die Sterbehilfe-Organisationen.



## **12. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine zukunftsgerichtete Kirchenpolitik**

*Der biblische Auftrag für christliche Kirchen (Landes- und Freikirchen) ist die Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat. Aus diesem Grund haben die Kirchen auch einen Dienst in und an der Gesellschaft zu leisten. Das rechtfertigt es, dass der Staat ihnen positiv begegnet und ihre Tätigkeit anerkennt.*

### **12.1. Partnerschaft zwischen Staat und Kirchen**

Eine vollständige Trennung zwischen Staat und Kirchen lehnt die EVP ab. Der Staat und die grossen christlichen Kirchen sollen Partner bleiben. Die Landeskirchen erfüllen – dank ihrer Grösse mehr noch als alle anderen Kirchen – gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich. So bilden sie als Sinn stiftende und Gemeinschaft fördernde Institutionen Gegengewichte zur zunehmenden Individualisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft und wirken dem Wertezerfall, der Vereinzelung und der Unverbindlichkeit entgegen. Von den Kirchen getragene Foren, Diskussionsplattformen und Bildungsveranstaltungen fördern die Mitverantwortung in ethischen Fragen und sind deshalb unterstützungswürdig.

Die EVP steht zudem dafür ein, dass die grossen christlichen Kirchen gestützt auf die kürzlich erlassene neue Kirchengesetzgebung weiterhin ihren Auftrag der religiösen Erziehung der Kinder und Jugendlichen erfüllen können. Innerkirchlich geschieht dies im konfessionellen Unterricht. In den Schulen wird diese Aufgabe durch die Darstellung des Christentums im Rahmen des neuen Fachs Religion und Kultur erfüllt, wobei die EVP grossen Wert darauf legt, dass das Christentum als das unser Land prägende Bekenntnis und nicht nur als eine Religion unter vielen dargestellt wird.

Die zahlreichen christlichen Freikirchen ergänzen die Angebote der Landeskirchen in vielfältiger Art und Weise. Sie bejahen das christliche Erbe unseres Landes vorbehaltlos und verdienen es daher auch, dass der Staat ihnen positiv begegnet.

Die EVP fordert:

- Gute Zusammenarbeit von Landeskirchen, Freikirchen und Staat
- Zugang auch für freikirchliche Mitarbeiter zu Gefangenen und Kranken.

## **12.2. *Den Sonntag heiligen***

Für die EVP gehört nicht zuletzt auch das Festhalten am Sonntag als Ruhetag zu den zentralen Errungenschaften christlicher Kultur. Dabei hat der Sonntag als gemeinsamer Tag der Erholung und Besinnlichkeit, des Familienlebens, der Begegnung und der Pflege von Traditionen eine weit über die Ermöglichung des Gottesdienst-Besuches hinausgehende gesellschaftliche Bedeutung. Er darf daher nicht dem Konsum und dem Markt geopfert werden.



### **13. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine breite Kulturförderung**

*Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern braucht «Nahrung» für alle Bereiche des Menschseins. Auch für die Identität der Gesellschaft und die Integration ihrer Glieder spielt die Kultur eine zentrale Rolle.*

#### **13.1. Die Vielfalt der Kultur fördern**

Im Kanton Zürich findet vielfältiges kulturelles Schaffen statt. Kultur hat auch eine historische Dimension, indem bedeutende Baudenkmäler und schützenswerte Ortsbilder von den Vorstellungen unserer Vorfahren zeugen.

Dafür steht die EVP ein:

- Günstige Rahmenbedingungen für kulturelle Aktivitäten aller Art. Die Unterstützung von Institutionen und von hoffnungsvollen Talenten muss alle Kulturbereiche umfassen.
- Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Wertvorstellungen. Künstlerisch tätige Menschen brauchen einen Freiraum des Denkens und Gestaltens.





## **14. Die EVP – verlässliche Partnerin für die Sportförderung**

*Unsere Bevölkerung bewegt sich zu wenig. Die negativen gesundheitlichen Folgen sind bekannt. Eine aktive Sportförderung in allen Lebensbereichen ist dringlich und notwendig.*

### **14.1. Den Breiten- und Jugendsport fördern**

Sportliche Aktivitäten aller Art haben eine grosse gesellschaftliche Bedeutung. Ob im Rahmen eines Vereins oder individuell ausgeübt, bringen sie mehr als nur körperliche Ertüchtigung. Sport fördert Gesundheit, Integration und Gemeinschaftssinn. Ganz besonders gilt dies für den Mannschaftssport.

Dafür steht die EVP ein:

- Förderung des allgemeinen Breitensports durch günstige Rahmenbedingungen
- Unterstützung und Förderung des Behindertensports
- Unterstützung der Vereine mit Jugendabteilungen
- Ausbildungskurse für Leiterinnen und Leiter
- Nulltoleranz bei Gewalt an Sportanlässen.





## **15. Die EVP – verlässliche Partnerin für eine differenzierte Ausländerpolitik**

*Im Verhalten gegenüber dem Fremden reagieren die Menschen gegensätzlich: neugierig, gastfreundlich, aufnahmebereit im einen Fall, ablehnend, ausgrenzend, abweisend im andern. Die Schweiz hat als Durchgangs- und Asyl-Land wie auch als Auswanderungs-Land eine alte Tradition im Umgang mit Fremden und mit der Fremde. Diese Erfahrung gilt es zu nutzen und dabei daran zu denken, dass Gastfreundschaft und Offenheit gegenüber dem Fremden biblische Werte darstellen und eine Gelegenheit bieten, christliche Nächstenliebe zu leben.*

### **15.1 Ausländerinnen und Ausländer fair behandeln**

Im internationalen Vergleich ist der Ausländeranteil in der Schweiz sehr hoch. Dabei sind jedoch verschiedene Aufenthaltsformen zu unterscheiden.

Die EVP fordert:

- Kurzfristig legal anwesende ausländische Staatsangehörige sind als Gäste zu behandeln
- Die langfristig legal anwesenden Ausländern und Ausländerinnen sollen unsere Sprache lernen und sich integrieren. Die dafür nötige Unterstützung ist sicherzustellen.
- Über Asylgesuche ist rasch und fair zu entscheiden. Bei Härtefällen darf unser Land offen sein. Missbrauch des Asylrechts erfordert jedoch ein konsequentes Handeln der Behörden.
- Ausländer und Ausländerinnen ohne Anwesenheitsrecht sind nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen so schnell wie möglich aus der Schweiz auszuschieben.

### **15.2. Fördern und Fordern**

Integration ist eine zweiseitige Angelegenheit. Die EVP ist überzeugt, dass Fördern und Fordern zu einem erfolgreichen Integrationsprozess gehören. Integration ist nicht Assimilation: Ausländer müssen ihre kulturelle Identität nicht aufgeben. Wir erwarten von ihnen jedoch Achtung vor den zentralen Grundwerten unserer Gesell-

schaft, so etwa die Befolgung der Rechtsordnung einschliesslich der Rechte der Frau, Verzicht auf körperliche und psychische Gewalt, loyales Verhalten im Umgang mit Behörden und mit den typisch schweizerischen Alltagsgepflogenheiten, sowie Treu und Glauben im Geschäftsverkehr. Als Gastland heissen wir in diesem Sinne Menschen willkommen und nehmen sie in unsere Gesellschaft auf.

Vom Staat erwarten wir:

- Bereitstellen von Sprachkursen für Erwachsene
- Information über unsere Gegebenheiten und Erwartungen
- Besondere Förderung fremdsprachiger Kinder in den Schulen und in Spielgruppen
- Kleinklassen bei einem hohen Anteil fremdsprachiger Kinder
- Förderung der Deutsch- und Analphabeten-Kurse, insbesondere auch für Frauen aus anderen Kulturen.

### **15.3. Für Einbürgerungen offen**

Die Hälfte der in der Schweiz lebenden Ausländer ist hier geboren oder lebt schon länger als 10 Jahre bei uns. Die EVP lädt alle Ausländerinnen und Ausländer, die integriert sind und die formalen Voraussetzungen erfüllen, zur Einbürgerung ein. Die EVP wird mithelfen, für diese Menschen bestehende Hürden zur Einbürgerung abzubauen.

Die EVP fordert:

- Übertragung des Einbürgerungsentscheids von der Gemeindeversammlung auf eine Behörde.

### **15.4. Asylsuchende und Flüchtlinge vor Verfolgung und Not schützen**

Flüchtlingen aus Krisengebieten kann und soll unser Land vorläufigen Aufenthalt und wenn möglich den Erhalt der Familienbande gewähren. Dies gilt auch für Menschen, die nicht aus unserem Kulturkreis stammen.

Die EVP tritt auf allen politischen Ebenen für eine Haltung von Akzeptanz und Solidarität ein und bekämpft nationalistische, generell fremdenfeindliche Aktionen und Parolen. Sie setzt sich für eine angemessene Öffnung der Schweiz gegenüber Einwanderungswilligen ein.



## **16. Die EVP – verlässliche Kraft in Parlamenten und Behörden**

Im Kanton Zürich ist die EVP seit ihrer Gründung im Jahr 1917 in zahlreichen Behörden vertreten.

- Auf der kantonalen Ebene wirkt die EVP-Fraktion aktiv im Kantonsrat mit.
- Ausserdem gehören EVP-Mitglieder den drei höchsten Zürcher Gerichten, dem Obergericht, dem Verwaltungsgericht und dem Sozialversicherungsgericht an.
- Ein EVP-Regierungsrat ist bis jetzt nur ein Traum geblieben, doch was nicht ist, kann noch werden.
- Eine Zürcher EVP-Vertretung wirkt zudem seit Jahrzehnten aktiv im Nationalrat mit.
- Auf der Ebene der Bezirke finden wir EVP-Mitglieder in den Bezirksgerichten und Bezirksräten.
- Auf der Ebene der Gemeinden ist die EVP in allen 12 Parlamenten sowie in zahlreichen Stadt- und Gemeinderäten, Schul- und Kirchenpflegen, Fürsorge- und Rechnungsprüfungs-Kommissionen vertreten.

EVP-Behördenmitglieder geniessen in aller Regel hohes Ansehen, da sie sich vorbehaltlos für das Gemeinwohl einsetzen und dank ihrer klaren Werthaltung berechenbar – eben verlässlich – sind.



## **17. Die EVP – Ihre verlässliche Partnerin in der Zürcher Politik**

Unsere Kraft schöpfen wir aus dem Evangelium. Dessen Grundsätze setzen wir in eine sachgerechte Politik um. Wir tun dies im Vertrauen auf Gott sowie nach dem Wortlaut der Präambel der neuen Zürcher Kantonsverfassung

- in Verantwortung gegenüber der Schöpfung
- und im Wissen um die Grenzen menschlicher Macht,
- im gemeinsamen Willen,
  - Freiheit, Recht und Menschenwürde zu schützen
  - und den Kanton Zürich als weltoffenen, wirtschaftlich, kulturell und sozial starken Gliedstaat der Schweizerischen Eidgenossenschaft weiter zu entwickeln.

Haben wir Sie überzeugt, dass die EVP eine verlässliche Partnerin in der Zürcher Politik ist? Dann möchte die EVP gerne auch Ihre Partei werden!

# Möchten Sie mehr über die EVP wissen?

Rufen Sie uns an, Telefon 044 271 43 02 (EVP Kanton Zürich)  
Oder schreiben Sie uns auf sekretariat@evpzh.ch

Besuchen Sie uns im Internet: [www.evpzh.ch](http://www.evpzh.ch)

---

## Die EVP interessiert mich.

- ☐ Senden Sie mir Ihre Informationen.
- ☐ Ich möchte der EVP beitreten. Senden Sie mir die Unterlagen.

Name

---

Vorname

---

Adresse

---

PLZ/Ort

---

Email

---

Einsenden an:

### **EVP Kanton Zürich**

Josefstrasse 32  
8005 Zürich  
Tel. 044 271 43 02  
Fax 044 271 43 02  
[sekretariat@evpzh.ch](mailto:sekretariat@evpzh.ch)  
[www.evpzh.ch](http://www.evpzh.ch)



**Überreicht durch:**

Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich  
Josefstrasse 32, 8005 Zürich  
Tel. 044 271 43 02  
Fax 044 271 43 03  
[sekretariat@evpzh.ch](mailto:sekretariat@evpzh.ch)  
[www.evpzh.ch](http://www.evpzh.ch)